

Stand: 30.05.2024 22:13:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1651

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2024/2025; hier: Stellen bei der Bereitschaftspolizei - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter (Kap. 03 20 Tit. 422 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1651 vom 10.04.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2054 des HA vom 22.04.2024



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stellen bei der Bereitschaftspolizei – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 20 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 03 20 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2024 von 165.393,6 Tsd. Euro um 40.000,0 Tsd. Euro auf 205.393,6 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 03 20 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2025 von 171591,1 Tsd. Euro um 40.000,0 Tsd. Euro auf 211.591,1 Tsd. Euro erhöht.

Von den zusätzlichen Ansätzen werden neue Planstellen geschaffen.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 13 Tit. 518 01 eingesparten Ansätzen.

Begründung:

Angesichts der gestiegenen Zuwanderung in den vergangenen Jahren und der zu erwartenden Zunahme an Kriminalität, besonders in den Bereichen sexueller Nötigung/Vergewaltigung, sexueller Selbstbestimmung, Diebstahl oder Körperverletzung, ist eine Erhöhung der Stellenzahl bei der Bereitschaftspolizei dringend geboten.

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2054 des HA vom 22.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)